

Deutsche Zeitung

Bezugspreis (monatl.): in Tartu ohne Zustellung 85 Et., mit Zustellung durch Austräger oder per Post 1 Kr. Ins Ausland bei tägl. Versendung 1.75 Kr., bei 3 mal wöchentl. Versendung 1.50 Kr.

Anzeigenpreis: für 1 mm der Anzeigenspalte im Anzeigenteil 5 Et., auf den Textseiten 1 mm der Textspalte 10 Et., für Deutschland 10 u. 25 ÖPfg. Erhöhungen vorbehalten.

Erscheint werktäglich.

Gegründet als „Dorpatier Zeitung“ im Jahre 1925

Empfangsstunden der Schriftleitung von 10—11 Uhr vormittags

Die Geschäftsstelle ist geöffnet von 8—6 Uhr

Adresse der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Tartu Wallikraami 4 Postfach 46, Telefon 15—09.

Preis der Einzelnummer 5 Cent.

Annahme von Anzeigen und Abonnements in Tartu in der Geschäftsstelle der „Deutschen Zeitung“; Tallinn: Buchh. Ferd. Wassermann; Rärnu: Buchh. Treufeld; Wiljandi: Buchh. B. King; Võru: Buchh. Songi.

Im Falle höherer Gewalt oder anderer unvorhergesehener Umstände haben die Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung des Blattes oder Erstattung eines Entgelts.

Nr. 258

Freitag den 11. November 1938

Vierzehnter Jahrgang

ab, deren einzigen Gegenstand die Umbenennung des „Rörend“ nach dem Führer und Reichszkanzler Adolf Hitler bildete. Dieses hatte, wie bekannt, Ministerpräsident Tsrédy angeregt.

Die Festsetzung eröffnete der Präsident, der in innig empfundenen Worten die außerordentliche Tragweite der Entscheidung würdigte, die das Schiedsgericht in Wien getroffen hat. Die Mitglieder des Vaurats feierten mit Begeisterung die italienische und die deutsche Nation, sowie den Duce und den Führer und Reichszkanzler Hitler und beschlossen einstimmig den Platz „Rörend“ nach Adolf Hitler in „Hitler-ter“ umzutauften. Gleichzeitig wurde beschlossen, sowohl diesen Platz, als auch den nach dem Duce benannten „Mussolini-ter“ mit Gedenktafeln zu versehen.

„Komitee Großfrankreichs“

Paris, 9. Nov. Unter Vorsitz von Marschall Francois Desperé ist ein „Komitee Großfrankreichs“ begründet worden, zu dem mehrere bedeutende Persönlichkeiten gehören, die zu den französischen Kolonien in Beziehung stehen. Das Komitee hat einen Aufruf erlassen, der an allen öffentlichen Stellen in Paris und in der Provinz ausgehängt wurde. Im Aufruf heißt es u. a.: „Franzosen! Deine Vorfahren haben Dir ein Uebersee-Imperium gegeben, das 18 Mal größer ist als Frankreich selbst und das von 70 Millionen Menschen bewohnt wird. Es ist durch französische Energie geschaffen und mit dem Blute französischer Söhne erkaufte worden, daher ist Großfrankreich Dein heiliges Erbe. Lasse nicht zu, daß es verringert werde!“

Kurze Nachrichten.

Berlin, 11. Nov. (Reuter) Neue deutsche Judengesetze — man glaubt, daß sie sehr scharf sein werden, — sind zu Freitag zu erwarten.

Berlin, 10. Nov. (Reuter) Im Zusammenhang mit den antijüdischen Demonstrationen in Deutschland sind in Wien 5000 Juden verhaftet worden.

Berlin, 10. Nov. (DNB) Der Führer der sudetendeutschen Volksjugend Raubberger ist zum Gebietsführer des Gebietes Sudetenland der HJ ernannt worden.

Leipzig, 10. Nov. (DNB) Am Mittwoch Abend brach ein Feuerschaden im jüdischen Warenhaus Bamberger und Herz aus. Das Gebäude brannte vollständig nieder. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Besitzer die judenfeindlichen Demonstrationen für ihre Zwecke ausnutzen wollten und entweder selbst oder durch Mittelspersonen den Brand anlegten, um die Versicherungssumme zu erhalten.

München, 10. Nov. (DNB) Auf einem Abendempfang, zu dem über 400 namhafte deutsche Journalisten und Verleger geladen waren, sprach der Führer und Reichszkanzler in fast einstündiger Rede zu den Männern der großdeutschen Presse.

München, 10. Nov. (DNB) In Anwesenheit des Führers und Reichszkanzlers fand im engsten Familientreffen das Fest der Namengebung für den Sohn des Stellvertreters des Führers statt.

Warschau, 10. Nov. (Havas) Der polnische Staatspräsident hat ein Dekret erlassen, das den Handel mit Gold und ausländischen Devisen verschärft.

London, 10. Nov. (DNB) Im Unterhaus gab Kolonialminister Mac-

der britischen Politik bezeichnet er die Behauptung des Friedens, England stark zu machen, die Industrie zu heben und ständig die Lebensbedingungen des Volkes zu bessern. Er wolle sich heute nur mit den beiden ersten Punkten befassen, betone aber, daß sie für die beiden anderen Punkte von wesentlicher Bedeutung seien:

„Wenn Sie den Frieden wollen, dann müssen Sie etwas mehr tun, als sich hinsetzen und auf ihn hoffen. Die Amerikaner haben ein Sprichwort: „Geh' und hole es dir!“ Ich wünsche, daß die Regierung bezüglich des Friedens nach diesem Sprichwort handelt.“

Anschließend behandelte der Premierminister noch einmal die tschechoslowakische Krise und sagte: „Ich möchte Ihnen eines klar machen, daß der Friede

donald ausführliche Erklärungen über die nächsten Absichten der Regierung in der Palästina-Politik. Der Luftfahrtminister äußerte sich über den Stand der britischen Luftaufrüstung.

Paris, 10. Nov. (DNB) Auf Anordnung des mit der Untersuchung des vom Juden Grynspan begangenen Attentats beauftragten Richters sollen drei Irrenärzte den Geisteszustand des Täters prüfen.

Paris, 10. Nov. (DNB) Finanzminister Reynaud wird am Sonntag dem Kabinettsrat den endgültigen Wortlaut der Notverordnungen über die Finanz- und Wirtschaftspläne unterbreiten.

Paris, 10. Nov. Der frühere französische Arbeitsminister Frossard hielt hier eine außenpolitische Rede, in der er die schnelle Beschaffung von 5000 Flugzeugen für Frankreich forderte.

Rom, 10. Nov. Wie verlautet, wird das neue italienische Ehegesetz den Protest des Vatikans hervorrufen.

Prag, 10. Nov. Der Vorstand des tschecho-slowakischen Roten Kreuzes hat beschlossen, dem ehemaligen Präsidenten Dr. Benesch die Ehrenmitgliedschaft des Verbandes abzuerkennen.

Prag, 9. Nov. (UP) Fünfzehn Studenten wurden hier verhaftet, die die lebensgroße Bronze-Statue Masaryks vor der Universität Prag mit Hilfe eines Seils umstürzten, wobei der Kopf der Figur zertrümmert wurde.

Bangkok, 10. Nov. Hier wurde ein Attentatsversuch auf den siamesischen Kriegsminister gemacht.

Musikalischer Abendempfang beim Deutschen Gesandten.

Am 8. November hatten der deutsche Gesandte Dr. Hans Frohwein und seine Gattin zu einem Abendempfang geladen, der zugleich auch einen erlesenen Kunstgenuß mit sich brachte. Das Dresdener Fritzsche-Quartett, das sich gegenwärtig auf einer Gastreise durch Europa und Uebersee befindet, spielte. Zum Vortrag gelangten Mozarts C-Dur Streichquartett, Tschaikowskys Andante Cantabile aus Op. 11, Max Regers Allegro Moderato (Fuge) aus Op. 109, und eine Schubert-zugabe. Die vollkommene Wiedergabe der präziösen Leichtigkeit Mozarts mit dem klingenden Unterton der Flöte zauberte die zierlich beschwingte Kokozzeit in die Gegenwart; mit tiefster Einfühlung, klang- und stimmungsvoll und hauchzart stellenweise wurde Tschaikowsky zu Gehör gebracht, und mit eindrucksv-

oll, mitreißender Wucht Reges. Die Zuhörer spendeten begeisterten Beifall. Unter den Gästen sah man General Keel als Stellvertreter des Oberkommandierenden General Laidoner, Außenminister Selter, den italienischen Gesandten Commodore Cicconardi, zahlreiche weitere Vertreter des diplomatischen Korps und des Außenministeriums, bekannte Musiker und Musikfreunde und führende Persönlichkeiten der Gesellschaft mit ihren Damen. Nach dem Konzert blieben die Gäste noch bis 1 Uhr in regem Meinungsaustausch und zwangloser Unterhaltung bei auserlesenen Tafelgenüssen beisammen. Die stets lebenswürdigen Gastgeber trugen viel zur Unterhaltung ihrer Gäste bei, von denen die Mitglieder des Quartetts den Mittelpunkt des Interesses bildeten. Mit aufrichtigen Worten des Dankes und der Anerkennung verabschiedeten sich die Gäste. O. B.

Tagespiegel.

Parlamentsnachrichten. Gestern vormittag fand eine Sitzung der Abgeordnetenversammlung statt, auf welcher zunächst das Neutralitätsgesetz in zweiter Lesung endgültig angenommen wurde. Dann wurde die am Schluß der vorhergehenden Kammer Sitzung unterbrochene 1. Lesung des Landarbeitergesetzes fortgesetzt. Als erster sprach der Abg. Uben und zwar über eine Stunde, wobei er Verschiedenes am Entwurf auszusetzen hatte. U. a. betonte er die Notwendigkeit der Beschaffung von Wohnungen für die Landarbeiter. Was die Frage der Abwanderung der Menschen vom flachen Lande in die Städte betrifft, so äußert Redner die Ansicht, daß hauptsächlich die Familienangehörigen der Landbesitzer in die Städte abwandern, nicht aber die Landarbeiter, deren Zahl in den letzten Jahren wieder gestiegen sei. Als zweiter Redner sprach der Abg. Welner, der auch auf die Landflucht hinwies und betonte, daß zu deren Abstellung eine Erhöhung der Rentabilität der Landwirtschaft und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem flachen Lande notwendig wären. Weiter sprach Redner über die Arbeiterfrage, wobei er darauf hinwies, daß der größere Teil der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung Estlands auf Höfen sitze, die unter 30 ha groß sind. Diese kommen mit der Arbeitskraft ihrer Familienangehörigen aus, ja sie haben in ihren Familienangehörigen sogar einen Ueberfluß an Arbeitskräften, der aber anderweitig, wo Mangel an Arbeitskräften herrscht, nicht verwandt werden kann. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes wären gesetzgeberische

zum Schluß betonte Chamberlain, zwischen der britischen Versöhnungspolitik und der beschleunigten Aufrüstung bestehe wirklich kein innerer Widerspruch. Er erklärte: „Wenn wir legen Endes mit dem Mißtrauen aufräumen könnten und wir in eine neue Zeit des Vertrauens eintreten, dann werden wir alle bereit sein, zusammen abzurufen. Je eher diese Zeit kommt, um so besser ist es“. Die britischen Streitkräfte müßten aber ausreichen zur Verteidigung des Imperiums. Er wiederholte, daß die ganze Angelegenheit des Aufrüstens ihm wenig zuzage. Er hoffe aber, daß dieses nur eine zeitweilige Begleitercheinung des anderen Teiles seiner Politik sei, der er alle seine Kräfte widmen wolle — der Politik der Verständigung und des guten Willens.

Maßnahmen erforderlich. Die beabsichtigte Einführung der Arbeitsdienstpflicht wäre der erste Schritt auf diesem Gebiete. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Redner, daß der vorliegende Gesetzesentwurf für ihn im allgemeinen annehmbar wäre. Den Ausführungen Welners folgte eine kurze Sitzungspause.

Nach der Pause sprach als erster Redner der Abg. Johanson, der die Ansicht äußerte, daß der vorliegende Entwurf die Lage der Landarbeiter wesentlich verschlechtern würde. Er stellte den Antrag, die Vorlage zur nochmaligen Durcharbeitung an die Kommission zurückzuverweisen. Nachdem dann noch einige Redner gesprochen hatten, wurden die Debatten bis zur nächsten Sitzung unterbrochen und die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung der Kammer findet am Dienstag den 15. November statt.

Die Hausbesitzerkammer hat gestern dem Wirtschaftsminister eine längere Denkschrift eingereicht, in welcher gegen eine weitere Erhöhung der den Hausbesitzern auferlegten Steuern protestiert wird. Es wird in der Denkschrift auf die Tatsache hingewiesen, daß die auf den städtischen Immobilien lastenden Steuern ohnehin schon sehr hoch sind und das eine weitere Erhöhung derselben für die Hausbesitzer einfach nicht mehr tragbar wäre. Aus diesem Grunde sei, so heißt es in der Denkschrift, eine Umtagation der Häuser in der Landeshauptstadt nicht erwünscht, da sie eine Erhöhung der Immobiliensteuer zur Folge haben würde. Ebenso spricht sich die Kammer in der Denkschrift gegen die Einführung einer Wertzuwachssteuer auf städtische Immobilien aus, die zur Zeit von der Stadtverwaltung auf Unraten des Wirtschaftsministeriums geplant werde und für welche die Vorarbeiten bereits im Gange seien.

Die Frage der Einschränkung des Schnapsverkaufs kam auf der gestrigen Sitzung der Staatsregierung vor. Es sind nämlich in der letzten Zeit vielfach diesbezügliche Wünsche laut geworden. Die Staatsregierung stellte sich hinsichtlich einer Einschränkung des Schnapsverkaufs auf einen positiven Standpunkt und hat eine Kommission mit der Ausarbeitung entsprechender Verordnungs-Entwürfe beauftragt. Zu der Kommission gehören der Ministerpräsident als Vorsitzender und der Wirtschafts-, der Innen-, der Sozial- und der Bildungsminister.

Der Gesandte O. Strandman ist von der Staatsregierung zum Vertreter Estlands für die Diplomaten-Konferenz ernannt worden, welche demnächst stattfinden wird und welche den Entwurf für eine internationale Konvention über geistige Zusammenarbeit ausarbeiten soll.